

## Teile und behalte?

**Gelder aus einem Erdöldeal mit Kasachstan sind aufgrund eines Korruptionsverfahrens in den USA auf Genfer Banken blockiert. Die Schweizer Aussenministerin verspricht, sich für eine Rückführung einzusetzen.**

Stefan Howald

«Grundsätzlich habe ich keine Mühe, mich Ihrer Argumentation anzuschliessen. [...] Es ist ein Anliegen der Schweiz, dass die Gelder ihrem rechtmässigen Besitzer rückerstattet werden.» Das hat Bundesrätin Micheline Calmy-Rey am 23. September in einem Brief an die Aktion Finanzplatz Schweiz geschrieben.

Es geht um 120 Mio. US-Dollar, die auf Genfer Banken blockiert sind. Die AFP hat zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Kasachstan die «Kasachstan Koalition» gegründet, welche die Rückführung der Gelder und ihren Einsatz für demokratisch verantwortete Projekte verlangt.

Blockiert worden sind die Gelder im Zug einer in Genf laufenden Untersuchung wegen Geldwäscherei. Seit 2003 steht der Financier und US-Bürger James Giffen wegen Korrumpierung fremder Amtsträger vor einem US-Gericht. Giffen hat seit Anfang der 1990er Jahre alle wichtigen Erdöldeals in der ehemaligen Sowjetrepublik Kasachstan eingefädelt. Er war persönlicher Berater des Präsidenten Nursultan Nasarbajew, der das Land seit 1990 autokratisch regiert. Bei den Genfer Ermittlungen stiess man dann auf verdächtige Konten mit den Namen von Giffen und von Präsident Nasarbajew.

Vor Gericht argumentiert Giffen damit, er habe bei seinen Geschäften im Einverständnis mit US-amerikanischen Regierungsstellen und Geheimdiensten gehandelt. Das erscheint durchaus plausibel. Kontakte zu hohen Beamten und zum notorischen Halliburton-Konzern sind verbürgt. Kasachstan ist dank seiner Ölreserven von strategischer Bedeutung und hat sich den USA im «Krieg gegen den Terror» angedient. Gleichzeitig streckt China seine Finger aus und

will sich kasachisches Erdöl via eine neue Pipeline sichern. Selbst Schweizer Wirtschaftskreise hoffen, sich ein Stück vom Kuchen abzuschneiden. Präsident Nasarbajew hat der Zeitschrift «Cash» kürzlich ein Interview gewährt, in dem er sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vom Dezember huldvoll als Demokrat präsentierte. Aber die Opposition wird weiterhin drangsaliert. Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Oppositionsführer Zharmakhan Tuyukbay konnte sich «privat» mit US-Aussenministerin Condoleeza Rice treffen, die ihm beschieden hat, man werde die Wahlen «im Auge» behalten.

Soeben hat sich das erste kasachische Unternehmen, die Kupfergesellschaft Kazakhmys, an der Londoner Börse kotiert. Ein Goldkonzern wird folgen. Diese Firmen sind vor wenigen Jahren wie bei der russischen Privatisierungswelle verramscht worden und sollen jetzt nach dem Vorbild der Erdölwirtschaft schnellen Gewinn abwerfen.

Deshalb ist es wichtig, dass Korruption und Bestechung geahndet werden. Die Schweizer Behörden sind der Ansicht, man müsse zuerst den US-Gerichtsfall abwarten. Sollte Griffen verurteilt werden, würden die beschlagnahmten Gelder eingezogen und könnten zwischen den USA und der Schweiz geteilt werden. Die AFP meint dagegen, dass sie im Interesse des kasachischen Volks eingesetzt werden sollten. Vor der Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens im Januar 2006 besteht eine Chance für entsprechende politische Initiativen. Wir haben deshalb die Schaffung eines unabhängigen Fonds vorgeschlagen, der Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft oder zur Bekämpfung der in den letzten Jahren wieder zunehmenden Tuberkulose finanzieren könnte.

«Ich kann Ihnen versichern, dass wir mit den betroffenen Parteien verschiedene Möglichkeiten erwägen und diskutieren, die Gelder der Republik Kasachstan rückzuerstatten», schreibt Micheline Calmy-Rey im Antwortbrief an die AFP. Wir werden die Bundesrätin beim Wort nehmen.

Ausführliche Hintergrundberichte zu Kasachgate sind unter <http://www.aktionfinanzplatz.ch/potentatengelder.html> zu finden.